

AfD will Zeichen für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit setzen.



Ablehnung des Antrags durch CDU, SPD, FDP, GRÜNE und LINKE. Der Antrag der AfD Fraktion im Stadtparlament zur Beendigung der Wiesbadener Städtepartnerschaft mit dem fundamentalistischen Istanbuler Stadtteil Fatih wurde von CDU, SPD, FDP, GRÜNE und LINKEN abgelehnt.

Die AfD hatte nach dem Verfassungsreferendum vom 16. April 2017, angesichts der Entwicklung in der Türkei in Richtung einer islamischen Diktatur, in der die Evolutionslehre aus dem Lehrplan der Schulen gestrichen und Menschenrechte mit Füßen getreten werden, gefordert, die Städtepartnerschaft sofort zu beenden.

Der fachpolitische Sprecher der AfD Rathausfraktion für Kultur und Städtepartnerschaften, Dr. Klaus-Dieter Lork, wies in seiner ausführlichen Begründungsrede unter anderem darauf hin, daß die Städtepartnerschaft nicht losgelöst von der allgemeinen Entwicklung in der Türkei gesehen werden könne.

Dr. Lork wörtlich: „Völkerverständigung ist gut. Aber sie darf nicht blind machen gegen eine gar nicht freundschaftliche Agenda. Wir sollten uns die Entwicklung in der Türkei **nicht schön reden und zurechtbiegen**, bis sie dem eigenen **Wunschdenken** entspricht.“

Weiter meinte er: „Die Städtepartnerschaft war von Anfang an nicht gut durchdacht und die Warnungen der Kritiker haben sich letztendlich als zutreffend erwiesen.“ Dr. Lork forderte: „Laßen Sie uns als Wiesbadener ein Zeichen für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit setzen und die Städtepartnerschaft beenden...“